

Nach den Enthüllungen über die Datensammelwut des US-Abhörgeheimdienstes NSA fragt die New York Times jetzt nach den geheimen Entscheidungen des FISA Court, eines US-Sondergerichts, das die ausufernde Überwachungstätigkeit der US-Geheimdienste immer wieder juristisch absegnet hat.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 090/13 – 10.07.13**

In Geheimurteilen hat ein US-Sondergerichtshof die Befugnisse der NSA stark ausgeweitet

Von Erich Lichtblau

The New York Times, 06.07.13

(<http://www.nytimes.com/2013/07/07/us/in-secret-court-vastly-broadens-powers-of-nsa.html?pagewanted=all>)

WASHINGTON – In mehr als einem Dutzend geheimer Entscheidungen hat ein US-Sondergericht eine der Geheimhaltung unterliegende "Rechtsgrundlage" geschaffen, die der National Security Agency / NSA die Befugnis gibt, riesengroße Datensammlungen von US-Bürgern anzulegen – nicht nur über Terrorverdächtige, sondern auch über Personen, denen unterstellt wird, an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, an Spionage oder an Cyberangriffen (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Cyberkrieg>) beteiligt zu sein; das ist Aussagen von Offiziellen zu entnehmen.

Die Entscheidungen, die teilweise fast 100 Seiten lang sind, lassen erkennen, dass der Sondergerichtshof seine Zuständigkeit stark ausgeweitet hat und sich mittlerweile vor allem mit verfassungsrechtlichen Fragen befasst und – weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit – wichtige juristische Präzedenzfälle entscheidet; das haben frühere und heute noch aktive Offizielle mitgeteilt, die über die geheimen Beschlüsse dieses Gerichtes Bescheid wissen.

Der aus elf Richtern bestehende Foreign Intelligence Surveillance Court / FISA Court (ein US-Gerichtshof, der für die Überwachungstätigkeit der US-Auslandsgeheimdienste zuständig ist, weitere Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Foreign_Intelligence_Surveillance_Court) war einmal ausschließlich damit befasst, Abhörgenehmigungen in Einzelfällen zu erteilen. Aber seit den Gesetzesänderungen vor sechs Jahren, mit denen die Überwachungstätigkeit der US-Auslandsgeheimdienste geregelt werden sollte, hat sich der FISA Court in aller Stille fast zu einem zweiten Supreme Court (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Oberster_Gerichtshof_der_Vereinigten_Staaten) entwickelt, der als letzte Instanz Richtlinien für die Tätigkeit der US-Geheimdienste entwickelt hat, die sich erst in den kommenden Jahren voll auswirken werden.

Letzten Monat hat Edward J. Snowden, der früher im Auftrag der NSA gearbeitet hat, eine Geheimentscheidung des FISA Court öffentlich gemacht, mit der das Abgreifen aller Telefondaten von Geschäftskunden der US-Kommunikationsfirma Verizon (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Verizon_Communications) autorisiert wurde. Nach Aussagen von Offiziellen lassen die Geheimentscheidungen des Sondergerichts aber viel umfassendere Überwachungsmaßnahmen zu.

"Der FISA Court weitet seine Ausnahmegenehmigungen immer mehr aus," sagte ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter. "Er hat ein Gewohnheitsrecht geschaffen, das durch immer neue Überwachungsaufträge und Überwachungsgebiete ständig erweitert wird."

In einer der wichtigsten Entscheidungen des Sondergerichts haben die Richter die Anwendung eines Rechtsgrundsatzes, der mit der Bezeichnung "spezielle Erfordernisse" umschrieben wird, auch auf Fälle von Terrorismus ausgedehnt und damit eine Vorschrift des 4. Zusatzartikels (zur US-Verfassung, der unter http://de.wikipedia.org/wiki/4._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten nachzulesen ist), der vorschreibt, dass bei Durchsuchungen und Festnahmen mindestens ein begründeter Verdacht vorliegen muss, außer Kraft gesetzt.

Der Rechtsgrundsatz von den "speziellen Erfordernissen" wurde 1989 vom Supreme Court bei einem Rechtsstreit über die Untersuchung von Eisenbahnarbeitern auf den Genuss von Rauschgift entwickelt; damals wurde befunden, dass eine geringfügige Verletzung der Privatsphäre dann erlaubt ist, wenn Regierungsorgane damit eine größere Gefahr für die Öffentlichkeit abwenden können. Darauf Bezug nehmend, haben die Richter des FISA Court entschieden, die Sammlung und Überprüfung von Kommunikationsdaten von US-Bürgern sei erforderlich, um potentielle Terroristen auszusondern, und verstoße somit nicht gegen den 4. Zusatzartikel.

Diese juristische Interpretation halten mehrere unabhängige Rechtsexperten für sehr bedenklich, weil damit eine eng begrenzte Rechtsgrundlage – die eigentlich nur zur Rechtfertigung von Durchsuchungen auf Flugplätzen oder von Alkoholkontrollen bei Autofahrern dienen kann – insgeheim zur Rechtfertigung groß angelegter Überwachungsmaßnahmen benutzt wird, die bei der Jagd auf Terroristen für notwendig gehalten werden. "Das kommt einer Überdehnung des Rechts gleich," kommentierte William C. Banks, ein Experte für Staatsschutzrecht an der Syracuse University (im Staat New York, s. <http://syr.edu/index.html>) diese Ausweitung. "Damit soll der Regierung nur der Zugriff auf die Daten der US-Bürger erleichtert werden."

Präsident Obama und seine Geheimdienstberater haben bei ihrer Kritik an den Enthüllungen Snowdens so getan, als ginge es bei den Überwachungsprogrammen nur um die Bekämpfung des Terrorismus; der FISA Court lässt diese Überwachungsmaßnahmen aber auch bei anderen Bedrohungen der Staatssicherheit zu. In einem neueren Fall haben Geheimdienstmitarbeiter zum Beispiel innerhalb der USA versandte E-Mails abgegriffen – mit der Begründung, sie hätten darin Zeichnungen oder Diagramme vermutet, die Bezug zum iranischen Atomprogramm hätten haben können.

In der Vergangenheit wäre dazu wahrscheinlich eine richterliche Anordnung notwendig gewesen, weil die verdächtigen E-Mails innerhalb der USA versandt wurden. In diesem Fall genügte jedoch eine wenig beachtete Bestimmung in einem Gesetz aus dem Jahr 2008, die US-Auslandsgeheimdiensten (auch in den USA selbst) einen unbeschränkten Zugriff auf Kommunikationsdaten erlaubt, wenn es um " Massenvernichtungswaffen" geht.

Diese vom FISA Court angezogene Bestimmung erlaubt Geheimdienstmitarbeitern das Abgreifen von Kommunikationsdaten auch dann, wenn sie glauben, dadurch die Verbreitung von Atomwaffen verhindern zu können. Bei vermuteter Spionage oder bei erwarteten Cyberangriffen dürfen US-Auslandsgeheimdienste US-Bürger ebenfalls uneingeschränkt überwachen.

"Die 'Aufgaben der Auslandsgeheimdienste' sind sehr weit gefasst," sagte ein anderer ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter in einem Interview. "Der Foreign Intelligence Surveillance Act / FISA (das Gesetz zur Überwachungstätigkeit der US-Auslandsgeheimdienste, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Foreign_Intelligence_Surveillance_Act) erlaubt bei Spionageverdacht und bei zu befürchtenden Cyberangriffen nach Ansicht des FISA-Court auch die Überwachung von US-Bürgern im eigenen Land."

Dieser Offizielle und ein halbes Dutzend andere aktive oder ehemalige, mit der Staatssicherheit befasste Offizielle wollten sich zu den Entscheidungen des FISA Court und deren allgemeiner Tendenz nur anonym äußern, weil diese geheim bleiben sollen. Auch die Richter des FISA Court weigern sich, etwas über den Gegenstand und den Inhalt ihrer Entscheidungen zu sagen.

Im Gegensatz zum Supreme Court tritt vor dem FISA Court nur eine Seite – die Regierung – auf, und Entscheidungen dieses Sondergerichts bleiben fast immer geheim. Bei Bedarf kann ein Berufungsgericht gebildet werden, das diese Entscheidungen überprüft; das soll bisher aber nur wenige Male geschehen sein, und keine Entscheidung des FISA Court wurde jemals vom Supreme Court überprüft. Es ist noch nicht einmal bekannt, ob Internet- und Telefongesellschaften, die zur Herausgabe riesiger Datenmengen verpflichtet werden können, das Recht haben, vor dem FISA Court zu erscheinen.

Der FISA Court wurde 1978 vom Kongress geschaffen – als Kontrollinstanz, die verhindern sollte, dass die Regierung missbräuchlich abhört; er tagt in einem sicheren, unauffälligen Raum im Bundesgerichtsgebäude in Washington. Alle derzeit amtierenden 11 Richter des FISA Court, deren Amtszeit sieben Jahre dauert, wurden vom Chief Justice (Oberrichter) John G. Roberts Jr. (s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_Roberts) vorgeschlagen, und 10 von ihnen wurden von republikanischen Präsidenten berufen. Die meisten kamen von Gerichten außerhalb der Hauptstadt. Das Gericht tagt in wechselnder Zusammensetzung, wenn ihm Überwachungsanträge vorgelegt werden; meistens werden seine Entscheidungen nur von einem Richter unterzeichnet. Allein im letzten Jahr hat es fast 1.800 Entscheidungen gefällt und keinen einzigen Überwachungsantrag der US-Geheimdienste abgewiesen.

Neben grundsätzlichen Rechtsfragen muss sich der FISA Court auch mit neuen Technologien wie Videokonferenzen befassen und befinden, in welchem Umfang die Regierung auch darauf zugreifen darf.

Die Richter haben auch schon wiederholt intervenieren müssen, wenn private Internet- und Telefongesellschaften, von denen die NSA viele ihrer Daten abgreift, sich darüber beschwert haben, dass der Datenhunger der Regierung zu groß geworden sei, oder wenn die Regierung selbst eingestanden hat, dass sie versehentlich mehr Daten gespeichert hat, als ihr erlaubt war. Nach Aussagen von Offiziellen hat der FISA Court in solchen Fällen die NSA schon wiederholt aufgefordert, die unberechtigt gesammelten Internet- oder Telefondaten zu löschen.

Die Entscheidungen des FISA Court zeigten alle eine Grundtendenz. Seine Richter seien der Auffassung, dass die bloße Sammlung riesiger Mengen von "Metadaten" (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Metadaten>) – also zum Beispiel die Speicherung der Uhrzeit von Anrufen und der Telefonnummern der Gesprächsteilnehmer, aber nicht des Inhalts der Gespräche – den 4. Zusatzartikel (der US-Verfassung) nicht verletze; wenn die Regierung auch den Inhalt der Telefongespräche zwischen US-Amerikanern überprüfen wolle, müsse sie aber vorher stichhaltig begründen, dass die Sicherheit der USA bedroht sein könnte.

Diese Grundsatzentscheidung werde ergänzt durch die Entscheidung über "spezielle Erfordernisse", die das Gericht ebenfalls getroffen habe. "Die Grundidee besagt, dass ein riesiger Datensee angelegt werden darf, wenn daraus aber einzelne Fische geangelt werden sollen, muss es gut Gründe dafür geben," erklärte ein dritter Offizieller.

Nach den neuen Bestimmungen, die der Kongress 2008 mit dem FISA Amendments Act

(dem FISA-Ergänzungsgesetz, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Foreign_Intelligence_Surveillance_Act_of_1978_Amendments_Act_of_2008) beschlossen hat, muss sogar die Sammlung von Metadaten "relevant" für die Überprüfung eines Terrorverdächtigen oder für andere geheimdienstliche Aktivitäten sein.

Das Gericht habe aber darauf hingewiesen, dass nicht einzelne Daten, sondern das über sie zu ermittelnde Gesamtbild "relevant" für die Überprüfung eines Terrorverdächtigen sein müsse, erläuterten Offizielle, denen die betreffenden Entscheidungen bekannt sind.

Geoffrey R. Stone, ein Professor für Verfassungsrecht an der University of Chicago, sagte, ihn beunruhige die Vorstellung, dass dieses Sondergericht wichtige Rechtsgrundsätze festlege, ohne irgendjemandem außerhalb der Regierung dazu anzuhören; damit hebe es das kontradiktorische Verfahren (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Strafprozess>) auf, das ein wesentlicher Bestandteil des US-amerikanischen Rechtssystems sei. "Andere Rechtsauffassungen (als die Regierung) fließen nicht in den Entscheidungsprozess ein."

Die FISA-Richter haben den Vorwurf, eigentlich nur juristische Rechtfertigungen für vorher getroffene Regierungsentscheidungen zu liefern, schon wiederholt entschieden zurückgewiesen – mit der Behauptung, sie legten bei Regierungsanträgen immer sehr strenge rechtliche Maßstäbe an. Die meisten Überwachungsanträge werden von der NSA gestellt, einem monströsen Abhörgeheimdienst, der auf der ganzen Welt Lauschstationen betreibt und seit den Anschlägen am 11.09. auch die Kommunikation in den USA selbst immer stärker überwacht.

Schon bald, nachdem Präsident George W. Bush – unter Umgehung des FISA Court – die NSA ermächtigt hatte, heimlich Metadaten zu sammeln, begann sie auch Gespräche vom Ausland in die USA und umgekehrt mitzuhören. Nach einer hitzigen Debatte wurden wesentliche Elemente des von Bush autorisierten Abhörprogramms in einem 2007 von Kongress beschlossenen Gesetz legalisiert – aber unter stärkerer Einbeziehung des FISA Court.

Auch schon vor den Enthüllungen Snowdens haben Mitglieder des Kongresses und Verfechter der bürgerlichen Freiheiten die Veröffentlichung der Entscheidungen des FISA Court – eventuell in zusammengefasster Form – gefordert.

Reggie B. Walton, der Vorsitzende Richter des FISA Court, schrieb im März, er sehe in "der besseren Information der Öffentlichkeit über die Gerichtsentscheidungen einen potenziellen Vorteil". Dem stünden aber "hohe Hindernisse" entgegen, weil Einzelheiten trotzdem geheim bleiben müssten und dadurch Missverständnisse entstehen könnten.

General Keith B. Alexander, der NSA-Direktor, wich aus, als er im Juni bei einer Anhörung im Senat zu Entscheidungen des FISA Court befragt wurde.

Er äußerte, es wäre ihm lieber, wenn mehr Entscheidungen veröffentlicht würden, fügte dann aber hinzu: "Ich möchte nicht den Fehler machen, die Sicherheit von US-Bürgern zu gefährden, indem ich alles, was wir tun, ausplaudere."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

US-Bürger, die den Versicherungen Obamas vertrauten, konnten sich bisher einreden, die NSA dürfe ja nur im Ausland uneingeschränkt Daten sammeln. Der Artikel in der New York Times müsste ihnen allerdings die Augen öffnen.

Mit Genehmigung des FISA Court, dessen Entscheidungen – wie bei einem mittelalterlichen Femegericht (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Feme>) – geheim gehalten werden, darf die US-Regierung auch die Kommunikation jedes einzelnen US-Bürgers unter fadenscheinigen Vorwänden vollständig überwachen lassen.

Wie in den dunklen Zeiten der Inquisition (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Inquisition>) stehen alle "Ketzer", die nicht rückhaltlos die aggressive Politik der jeweiligen US-Regierung unterstützen, unter Generalverdacht. Aufgrund vager Verdächtigungen, die ein Beschuldigter nicht entkräften kann, weil er sie noch nicht einmal kennt, werden mit Billigung eines geheimen Sondergerichts umfassende Nachforschungen in Gang gesetzt, die häufig zu willkürlichen Festnahmen führen. Die vogelfreien Opfer werden an geheimen Orten, in Geheimgefängnissen oder in Folterlagern so lange unter physischen und/oder psychischen Druck gesetzt, bis sie ihrer "Ketzerie" entsagen oder falsche "Geständnisse" ablegen. Wenn die Inhaftierten gebrochen sind, kann man sie wieder freilassen. Wenn sie "gestanden" haben oder nicht zu brechen sind, werden sie lebenslang weggesperrt.

Das alles dürfen sich US-Regierungen, unter denen die USA längst zum Polizeistaat verkommen sind, inzwischen unwidersprochen leisten. Und die Regierungen westlicher "Demokratien", die nicht nur selbst ausspähen lassen, sondern auch selbst ausgespäht werden und vermutlich deshalb erpressbar sind, werden das nach den lauen, unglaublichen Beteuerungen ihrer "Unwissenheit" auch weiterhin zulassen.

The New York Times

July 6, 2013

In Secret, Court Vastly Broadens Powers of N.S.A.

By ERIC LICHTBLAU

WASHINGTON — In more than a dozen classified rulings, the nation's surveillance court has created a secret body of law giving the National Security Agency the power to amass vast collections of data on Americans while pursuing not only terrorism suspects, but also people possibly involved in nuclear proliferation, espionage and cyberattacks, officials say.

The rulings, some nearly 100 pages long, reveal that the court has taken on a much more expansive role by regularly assessing broad constitutional questions and establishing important judicial precedents, with almost no public scrutiny, according to current and former officials familiar with the court's classified decisions.

The 11-member Foreign Intelligence Surveillance Court, known as the FISA court, was once mostly focused on approving case-by-case wiretapping orders. But since major changes in legislation and greater judicial oversight of intelligence operations were instituted six years ago, it has quietly become almost a parallel Supreme Court, serving as the ultimate arbiter on surveillance issues and delivering opinions that will most likely shape intelligence practices for years to come, the officials said.

Last month, a former National Security Agency contractor, Edward J. Snowden, leaked a

classified order from the FISA court, which authorized the collection of all phone-tracing data from Verizon business customers. But the court's still-secret decisions go far beyond any single surveillance order, the officials said.

"We've seen a growing body of law from the court," a former intelligence official said. "What you have is a common law that develops where the court is issuing orders involving particular types of surveillance, particular types of targets."

In one of the court's most important decisions, the judges have expanded the use in terrorism cases of a legal principle known as the "special needs" doctrine and carved out an exception to the Fourth Amendment's requirement of a warrant for searches and seizures, the officials said.

The special needs doctrine was originally established in 1989 by the Supreme Court in a ruling allowing the drug testing of railway workers, finding that a minimal intrusion on privacy was justified by the government's need to combat an overriding public danger. Applying that concept more broadly, the FISA judges have ruled that the N.S.A.'s collection and examination of Americans' communications data to track possible terrorists does not run afoul of the Fourth Amendment, the officials said.

That legal interpretation is significant, several outside legal experts said, because it uses a relatively narrow area of the law — used to justify airport screenings, for instance, or drunken-driving checkpoints — and applies it much more broadly, in secret, to the wholesale collection of communications in pursuit of terrorism suspects. "It seems like a legal stretch," William C. Banks, a national security law expert at Syracuse University, said in response to a description of the decision. "It's another way of tilting the scales toward the government in its access to all this data."

While President Obama and his intelligence advisers have spoken of the surveillance programs leaked by Mr. Snowden mainly in terms of combating terrorism, the court has also interpreted the law in ways that extend into other national security concerns. In one recent case, for instance, intelligence officials were able to get access to an e-mail attachment sent within the United States because they said they were worried that the e-mail contained a schematic drawing or a diagram possibly connected to Iran's nuclear program.

In the past, that probably would have required a court warrant because the suspicious e-mail involved American communications. In this case, however, a little-noticed provision in a 2008 law, expanding the definition of "foreign intelligence" to include "weapons of mass destruction," was used to justify access to the message.

The court's use of that language has allowed intelligence officials to get wider access to data and communications that they believe may be linked to nuclear proliferation, the officials said. They added that other secret findings had eased access to data on espionage, cyberattacks and other possible threats connected to foreign intelligence.

"The definition of 'foreign intelligence' is very broad," another former intelligence official said in an interview. "An espionage target, a nuclear proliferation target, that all falls within FISA, and the court has signed off on that."

The official, like a half-dozen other current and former national security officials, discussed the court's rulings and the general trends they have established on the condition of anonymity because they are classified. Judges on the FISA court refused to comment on the scope and volume of their decisions.

Unlike the Supreme Court, the FISA court hears from only one side in the case — the government — and its findings are almost never made public. A Court of Review is empaneled to hear appeals, but that is known to have happened only a handful of times in the court's history, and no case has ever been taken to the Supreme Court. In fact, it is not clear in all circumstances whether Internet and phone companies that are turning over the reams of data even have the right to appear before the FISA court.

Created by Congress in 1978 as a check against wiretapping abuses by the government, the court meets in a secure, nondescript room in the federal courthouse in Washington. All of the current 11 judges, who serve seven-year terms, were appointed to the special court by Chief Justice John G. Roberts Jr., and 10 of them were nominated to the bench by Republican presidents. Most hail from districts outside the capital and come in rotating shifts to hear surveillance applications; a single judge signs most surveillance orders, which totaled nearly 1,800 last year. None of the requests from the intelligence agencies was denied, according to the court.

Beyond broader legal rulings, the judges have had to resolve questions about newer types of technology, like video conferencing, and how and when the government can get access to them, the officials said.

The judges have also had to intervene repeatedly when private Internet and phone companies, which provide much of the data to the N.S.A., have raised concerns that the government is overreaching in its demands for records or when the government itself reports that it has inadvertently collected more data than was authorized, the officials said. In such cases, the court has repeatedly ordered the N.S.A. to destroy the Internet or phone data that was improperly collected, the officials said.

The officials said one central concept connects a number of the court's opinions. The judges have concluded that the mere collection of enormous volumes of "metadata" — facts like the time of phone calls and the numbers dialed, but not the content of conversations — does not violate the Fourth Amendment, as long as the government establishes a valid reason under national security regulations before taking the next step of actually examining the contents of an American's communications.

This concept is rooted partly in the "special needs" provision the court has embraced. "The basic idea is that it's O.K. to create this huge pond of data," a third official said, "but you have to establish a reason to stick your pole in the water and start fishing."

Under the new procedures passed by Congress in 2008 in the FISA Amendments Act, even the collection of metadata must be considered "relevant" to a terrorism investigation or other intelligence activities.

The court has indicated that while individual pieces of data may not appear "relevant" to a terrorism investigation, the total picture that the bits of data create may in fact be relevant, according to the officials with knowledge of the decisions.

Geoffrey R. Stone, a professor of constitutional law at the University of Chicago, said he was troubled by the idea that the court is creating a significant body of law without hearing from anyone outside the government, forgoing the adversarial system that is a staple of the American justice system. "That whole notion is missing in this process," he said.

The FISA judges have bristled at criticism that they are a rubber stamp for the government, occasionally speaking out to say they apply rigor in their scrutiny of government re-

quests. Most of the surveillance operations involve the N.S.A., an eavesdropping behemoth that has listening posts around the world. Its role in gathering intelligence within the United States has grown enormously since the Sept. 11 attacks.

Soon after, President George W. Bush, under a secret wiretapping program that circumvented the FISA court, authorized the N.S.A. to collect metadata and in some cases listen in on foreign calls to or from the United States. After a heated debate, the essential elements of the Bush program were put into law by Congress in 2007, but with greater involvement by the FISA court.

Even before the leaks by Mr. Snowden, members of Congress and civil liberties advocates had been pressing for declassifying and publicly releasing court decisions, perhaps in summary form.

Reggie B. Walton, the FISA court's presiding judge, wrote in March that he recognized the "potential benefit of better informing the public" about the court's decisions. But, he said, there are "serious obstacles" to doing so because of the potential for misunderstanding caused by omitting classified details.

Gen. Keith B. Alexander, the N.S.A. director, was noncommittal when he was pressed at a Senate hearing in June to put out some version of the court's decisions.

While he pledged to try to make more decisions public, he said, "I don't want to jeopardize the security of Americans by making a mistake in saying, 'Yes, we're going to do all that.' "

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern